

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verantwortlicher: Hermann  
Grunert. - Drucknummer 25 241  
Kurz für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

bei täglicher Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 500,-  
Stapelnummer M. 30,-, Sonntagsausgabe M. 40,-.  
Die tägliche 12 mm breite Seite M. 7,-, anderwärts 80 Pf., 100,- Familien-  
anzeigen und Stellenangebote unter Wegfall jeden weiteren Reklams M. 3,-.  
Vorzugsplätze laut Tarif. Unverändliche Nachdrucke gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung  
Markenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverändliche Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

## Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 18/22 | Berliner Haus:  
Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96 | Berlin W 56, Französische Straße 33e

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte • An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere und Verwaltung derselben • Besondere Abteilung für ausländische Währungen • Feuer- und diebessichere Stahlkammer

## Der Reparationsplan Bonar Laws.

Herabsetzung der deutschen Verpflichtungen — Vierjähriges Moratorium — Neuere Anleihen — Gegenseitiger Schuldenerlass.

### Die vorläufigen Grundzüge des Planes.

London, 29. Dez. Wie der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ erzählt, könne es als ziemlich sicher gelten, daß Bonar Law einen konkreten neuen Reparationsplan mit nach Paris bringen werde. Dieser Plan habe zwar noch keine endgültige Gestalt angenommen; immerhin könnten seine Grundzüge mit einiger Sicherheit folgen-dermaßen wiedergegeben werden:

1. Die Reparationsverpflichtungen Deutschlands seien auf eine Summe herabzusetzen, die innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands liege, und energische Maßnahmen für den Fall des deutschen Verzuges vorzusehen.
  2. Alle deutschen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten seien in einem einzigen Zahlungsplan zusammenzufassen.
  3. Deutschland sei von allen Zahlungen während der ersten drei oder vier Jahre zu befreien und die Zahlungen während einer weiteren kurzen Periode zu ermäßigen.
  4. Diese Befreiung brauche nicht ein vollständiger Erlass zu sein.
  5. Die Summe von 50 Milliarden Goldmark, verteilt auf eine gewisse Zahl von Jahren, könne als angemessen gelten.
  6. Deutschland müsse durch günstige Diskontierungsvereinbarungen, die möglichst den gegenwärtigen Wert der gesamten Summe auf die von einer bekannten französischen Finanzautorität vorgeschlagenen 50 Milliarden vermindern könnten, jeder Verweigerung gedenken werden. Seine Verpflichtungen richtig zu erfüllen. Dies könne Deutschland natürlich nur mit Hilfe anderer Anleihen tun.
  7. Frankreichs besondere Rolle bei der Regelung würde in der Annahme deutscher Reparationsbonds, vielleicht solcher einer besonderen Kategorie analog den Bonds der Serie C zum Zwecke der Bezahlung der alliierten Schulden an Großbritannien bestehen und vielleicht außerdem auch darin, daß ihm seine Schulden teilweise gestrichen würden. Mit Bezug auf die nicht gestrichenen Schulden könne die Abänderung des Grundgesetzes der Valfour-Notte, wodurch eine gewisse Beziehung zwischen den Zahlungen an Amerika und den Forderungen an die alliierten Schuldner geschaffen würde, angenommen werden.
  8. Frankreich müsse seinerseits ebenfalls bis zu einem gewissen Maße die ihm von europäischen Alliierten geschuldete Summe erlassen.
- Einige der hier angeführten Vorschläge würden vielleicht noch vor Eröffnung der Pariser Erörterungen abgeändert werden. Außerdem könnten sich die Ereignisse in Paris oder in Washington so entwickeln, daß der britische Plan überhaupt nicht vorgelegt werde. (W. T. B.)

### Weitere Vermutungen über den Plan des englischen Premiers.

London, 29. Dez. „Daily Mail“ berichtet, daß Bonar Law, begleitet von dem Präsidenten des Handelsamtes Lord Greame, Sir E. Gore Grewe vom Auswärtigen Amt, und Nic Meyer vom Schatzamt, am Montag nach Paris abfahren wird. Es bestehe kein Zweifel, daß der Premierminister auf die Herabsetzung der gesamten Reparations-summe dringen werde. Der Plan Bonar Laws sei bis zu einem gewissen Grade elastisch und werde in endgültiger Form erst unterbreitet werden, nachdem die vorherigen Erörterungen unter den alliierten Vertretern geendet hätten, wie er in eine annehmbare Gestalt gebracht werden könne. Unter anderem sehe er eine viel strengere Kontrolle der deutschen Rente vor. Die britische Regierung befinde sich in voller Übereinstimmung mit der französischen in betreff der Notwendigkeit, weit wirksamere Schritte zu tun, um die deutschen Zahlungen sicherzustellen. Die Stabilisierung der Mark und die Ausdehnung des deutschen Budgets würden als wesentliche Vorbedingung angesehen, wenn irgendein weiteres Moratorium an Deutschland gewährt werde. Sogar werde Großbritannien Frankreich bei der Forderung nach Sicherheit unterstützen.

### Die Möglichkeit bedingter Zugeständnisse Frankreichs.

Berlin, 29. Dez. Eine Berliner Korrespondenz will aus französischen Industriekreisen erfahren haben, daß Frankreich bei Erlass seiner Schulden nicht abgeneigt sei, Deutschland das Zugeständnis zu machen, die gesamte Serie C der Reparationsbonds zu streichen, was bereits eine Ermäßigung der Reparationsschuld um 82 Milliarden bedeuten würde. Für Deutschland würde dann noch eine Restschuld von 50 Milliarden verbleiben. In französischen Industriekreisen sei man der Ansicht, daß die deutsche Industrie durch das in der Lage sei, diesen Rest zu garantieren. Aus diesem Grunde erkläre man, daß ein deutsches Angebot von vielleicht 20 Milliarden Mark glatt abgelehnt werden würde. Andererseits würde aber die französische Regierung sich verpflichtet, Garantie für eine Summe von etwa 40 Milliarden Mark zu leisten. Weiter sehe man auf französischer Seite eine ganzschwierigste der Verhandlungen darin, daß das letzte Zahlungsgebiet noch nicht vollständig entmilitarisiert sei. Sollte Deutschland zu einer Vorkriegszeit nach französischer Ansicht „militärischen“ Eisenbahnen im besetzten Gebiet bereit sein, so wäre Frankreich unter Umständen geneigt, eine Art neue militärische Grenze zu ziehen. - Angesichts der Hauptpläne, die Poincaré verfolgt und die zu verhandeln er sich kaum noch die Mühe gibt, wird man aber diese Korrespondenz-mitteilungen über eine französische Bereitschaft skeptisch aufnehmen müssen.

## Deutschlands Abwehrkampf gegen neue Sanktionen.

Der Unterschied zwischen einfacher und vorläufiger Nichterfüllung.

Berlin, 29. Dez. Von autöndlicher Seite wird mitgeteilt: In der heutigen Morgenpresse wurde ein aus Paris gemeldeter Kommunique der Reparationskommission veröffentlicht, wonach diese beschlossen habe, daß das Wort Nichterfüllung in § 17 der 2. Anlage zum Reparationskapitel des Versailler Vertrages denselben Sinn habe wie der Ausdruck „vorläufige Nichterfüllung“ in § 18 dieser Anlage. Wenn dieses Kommunique authentisch sein sollte, so würde damit der Vorwurf erhoben werden, daß Deutschland mit den Vollablieferungen abfällig hinter seinen Verpflichtungen zurückgeblieben wäre.

Daß dieser Vorwurf sachlich eine völlige Entrellung der Tatsachen bedeuten würde, kann nach den getrigen ausführlichen Darlegungen als bekannt vorausgesetzt werden. Ganz abgesehen hiervon, müßte jedoch gegen den Beschluß aus allgemeinen Gründen Verwahrung eingelegt werden. Die beiden angeführten Paragraphen des Vertrages unterscheiden ganz unabweisbar zwischen einer Nichterfüllung und einer vorläufigen Nichterfüllung. Für den Fall einer einfachen Nichterfüllung wird in § 17 vorgelesen, daß die Reparationskommission eine solche Nichterfüllung unverzüglich den beteiligten alliierten Mächten anzeigen und ihnen einschlägige Vorschläge über die angebracht erscheinenden Maßnahmen erlassen. In § 18 wird dagegen für den Fall einer vorläufigen Nichterfüllung bestimmt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen zu gewissen Sperr- und Veraktionsmaßnahmen berechtigt sein sollen. Wenn so in zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Bestimmungen einmal von einer Nichterfüllung, dann von einer vorläufigen Nichterfüllung gesprochen wird und wenn dabei für den Fall einer vorläufigen Nichterfüllung besonders schwere Maßnahmen vorgelesen werden, so würde es nicht nur den elementarsten Regeln der Auslegung von Vertragsbestimmungen, sondern

überhaupt jeder Logik widersprechen, die beiden im Vertragstext unterschiedenen Fälle nachträglich als gleichbedeutend hinzustellen. Es wird auch den subtilsten Auslegungskünsten nicht gelingen, diesen klaren Sachverhalt zu verunkeln.

Man ist zwar richtig, daß der Verfasser Vertrag die Reparationskommission zur Auslegung der Bestimmungen des Reparationskapitels ermächtigt. Diese Ermächtigung gibt der Kommission aber nicht das Recht, den Sinn der Vertragsbestimmungen in sein Geheiß zu verkehren. Das wäre nicht mehr eine Auslegung, sondern eine willkürliche Veränderung des Vertrages. Im übrigen wird auch bei dieser Gelegenheit auf das nachdrücklichste darauf hingewiesen werden, daß selbst, wenn die Reparationskommission formell eine vorläufige Nichterfüllung feststellte, damit für eine Anordnung von Sanktionen im besetzten oder unbesetzten Gebiete noch keine Rechtsgrundlage geschaffen würde.

Von deutscher Seite ist wiederholt mit den starken Gründen nachgewiesen worden und von der Gegenseite ist es niemals widerlegt worden, daß der Vertrag den Alliierten unter keiner wie immer gearteten Voraussetzung das Recht zu territorialen Sanktionen gibt.

Alles, was die Alliierten im unbesetzten Gebiet tun, oder was sie im besetzten Gebiete über die ihnen im Abteilungsabkommen gegebenen Befugnisse hinaus tun, wäre ein Eingriff in die territorialen Hoheitsrechte Deutschlands, der durch den § 18 nicht gedeckt wird. Nach § 18 würden selbst im Falle der Feststellung einer vorläufigen Nichterfüllung nur Maßnahmen wirtschaftlicher oder finanzieller Art in Betracht kommen, die von den Alliierten ohne Angriffe auf deutsches Territorium verwirklicht werden können. (W. T. B.)

Dollar (Amtlich): 7504  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7435

### Die Kompromißgefahr in Paris.

Die nach dem Urteil de Jouvenels im „Devoir“ jämmerliche Methode Poincarés, stets im letzten Augenblick vor einer Konferenz ein nebenlächliches Problem aufzuwerfen, um die anderen Verhandlungsteilnehmer zu blaffen, hat die Reparationsfrage aufs neue gewaltig verschärft. Er hat die Lösung des Reparationsproblems, die allein endlich einen Ausweg aus der Weltkrise schaffen könnte, nicht nur nicht gefördert, sondern damit zwei Tatsachen geschaffen, die geeignet sind, den französischen Raub- und Vernichtungsplänen neue Ausflüchte zu bieten. Er hat einmal erreicht, daß die Reparationskommission in der Frage der überspannten Volllieferungen eine deutliche Verschiebung festgehalten hat, und daß zweitens die Unterstützung Frankreichs durch Belgien und Italien in der Reparationskommission eine ähnliche Haltung der beiden Länder auf der Pariser Konferenz durchaus möglich erscheinen läßt. Dabei ist der Streit, ob die Reparationskommission eine vorläufige Verschiebung oder nur eine „einfache Nichterfüllung“, die nicht zu Sanktionen berechtigen würde, festgestellt hat, von untergeordneter Bedeutung. Es scheint nunmehr allerdings klar zu sein, daß der tatsächliche Wortlaut der Reparationskommission ohne nähere Erläuterung von „festgehaltenen Verschiebungen“ spricht, während ein weiterer Passus, in dem die „vorläufige Verschiebung“ ausdrücklich enthalten ist, eine Anfügung des amtlichen französischen Savas-Bureaus ist. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß in der Note an die deutsche Regierung, die von dem Beschluß der Reparationskommission Mitteilung macht, nur von einer „Verschiebung“ die Rede ist. Die ganze überaus ernste Ausnahme der Erklärung der Reparationskommission in Frankreich und England läßt aber, zumal das in allen Auslegungen der Entente ausdrücklich betont wird, keinen Zweifel mehr, daß tatsächlich die deutsche Verantwortlichkeit anerkannt und damit die Bahn für Gewaltmaßnahmen freigeworden ist. Man braucht die Bedeutung dieser Feststellung nicht zu überschätzen, denn es handelt sich um die im Hinblick auf die riesigen Reparationsmilliarden geringe Summe von 2 Goldmilliarden, und die deutsche stichhaltige Begründung von der Unmöglichkeit der Lieferungen in der kurzen Zeit kann schwerlich übersehen werden, zumal Deutschland den Vorschlag der Nachlieferung bis zum März machen dürfte. Man darf sich aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nunmehr Poincaré eine konkrete Handhabe gegen Deutschland besitzt, deren Befehlen ihn in London hauptsächlich in Gegensatz zu den anderen Alliierten gesetzt hat.

In Verbindung mit dieser Festlegung der französischen Stellung ist die offensbare Schwankung in der belgischen und italienischen Politik von besonderer Bedeutung. Der belgische Außenminister hat sich dieser Tage ausdrücklich zu dem französischen Grundbuch „kein Moratorium ohne Pänd“ bekennt, und Mussolini hat die Welt wissen lassen, daß er kein Interesse an der Pariser Konferenz habe, wenn nicht durch eine bindende Erklärung Englands über die Streichung der interalliierten Schulden die Möglichkeit zu einer Endlösung geschaffen werde. Der italienische Ministerpräsident hatte in London die englische Thèse nachhaltig unterstützt und dafür Zusicherungen in der Schuldenfrage erhalten, die er im eigenen Lande gern als großen Erfolg ausgewertet hätte. Da aber Bonar Law gerade in dieser Frage seit der Londoner Konferenz eine recht vieldeutige und unübersichtliche Haltung angenommen hat und auch italienische Vorlesungen in London ohne Erfolg geblieben zu sein scheinen, ist der belgischen Position verschmüpft, und von der politischen Strepis Mussolini lassen sich gewisse Fäden nach der italienischen Vertretung in der Reparationskommission ziehen. Vielleicht glaubte die italienische Politik dadurch, daß sie ihren Vertreter in der Verhandlungsfraße ausgenommen Frankreichs stimmten ließ, ein Parunabstimm nach England richten und dem zugestimmten Bonar Law die Taschen öffnen zu können.

Diese Verschiebung in dem Konferenzaufmarsch der Alliierten zum 2. Januar rückt die Gefahr eines für und sehr folgenschweren Kompromisses wieder in sehr bedrohliche Nähe. Schon in London hatte sich sowohl auf englischer wie auf italienischer Seite eine bedeutliche Kompromißneigung bemerkbar gemacht. Bonar Law schien damals bereits, nach den englischen Presseäußerungen zu urteilen, nicht ganz abgeneigt gewesen zu sein, Frankreich gewisse wirtschaftliche Pfänder auf der linken Meiseite und auch für den Fall weiterer Nichterfüllung Sanktionsandrohungen in bezug auf das Ruhrgebiet zuzugestehen. Mussolini ging sogar noch weiter in der Bereitwilligkeit zu einer alliierten Verwaltungskontrolle in einigen Städten des Ruhrgebiets. Poincaré hat damals durch sein hartes Festhalten an den militärischen Ruhrplänen die Konferenz zum Scheitern gebracht. Er hat aber jetzt des Bitteren mit unschuldvoller Miene erklärt, daß er niemals militärische Maßnahmen auf das Ruhrgebiet hatte, und hat sich im übrigen unvorsichtiger Äußerungen enthalten. Um so eindringlicher läßt er seine Presse die französischen Pläne verbreiten und kommentieren. Danach erstrecken sich die französischen Ziele als Gegenleistung für ein Moratorium auf drei Objekte. Einmal auf die Beschlagnahme des Raatlichen

# Aus Feldmarschall Conrads Memoiren.

Die Bündnispolitik Italiens. — Die Karlsbader Zusammenkunft mit Wolke. — Wilhelm II. und Franz Ferdinand.

Der noch immer an die Möglichkeit einer dauernden deutsch-italienischen Annäherung glaubt, für den kommen vielleicht die Memoiren des österreichischen Feldmarschalls Conrad zurecht, deren dritter Band soeben erschienen ist und der merkwürdige Streiflichter auf die unmittelbare Vorgeschichte des Weltkrieges wirft.

Im dritten Band wird u. a. erzählt, wie einmal der deutsche General Graf Waldersee Conrad auf der Rückkehr von einer Mission nach Rom besucht und berichtet: Die Italiener sehen ganz erlich und loyal auf Seite des Dreiebundes. Ihre Idee ist, am zwölften Mobilisierungstag mit 10 Divisionen aus Westitalien gegen Frankreich vorzugehen, eines oder das andere Korps durch Tirol zum Anschlag an die deutsche Armee zu senden, eine Reserve-Armee im Naume Mailand, Verona, Venedig, Florenz zu verlammen. Ich hoffe, wird Conrad ein, seine Reserve-Armee, die gegen uns gerichtet ist. — Keine Idee, sie liegen auf unserer Seite! Sie erführen auch eine gemeinsame Flottenaktion mit uns. Nur selben Zeit ungefähr erscheint bei Conrad ein Abgesandter des italienischen Generalsabbedes, Pollio; es handelt sich bei den Besprechungen um die Frage der Vereinbarung der beiderseitigen Flotten im Thyrrenischen Meer unter Oberkommando des Admirals Daus, was italienischerseits nicht nur ausstehen, sondern sogar vorge schlagen wurde. General Pollio, sagt Conrad hinzu, löste mir volles Vertrauen ein. Aber ich war mir dessen bewußt, daß dieses Vertrauen nur auf zwei Augen ruhte. Der österreichische Militärattaché Graf Szepietki berichtet übrigens: Italien verspricht sich im Verlaufe der sechs Jahre, für welche Zeit der Dreiebund abgeschlossen ist, militärisch und finanziell zu kräftigen, um eventuell gegen uns loszuschlagen zu können. Durch Erneuerung des Dreiebundes hat es die volle Gewähr erhalten, in dieser Zeit der Schwäche mit uns keinen Krieg führen zu müssen. Unter Hauptgegnern, sagte Erzherzog Franz Ferdinand zu Conrad im Februar 1913, ist Italien, gegen das einmal Krieg zu führen sein wird.

Von großem Interesse ist auch der Bericht über die historische Zusammenkunft zwischen Conrad und Wolke in Karlsbad am 12. Mai 1914, über die Conrad wie folgt berichtet: Am 12. Mai, um 9 Uhr vormittags, reiste ich von Wien ab und traf abends um 6,16 Uhr in Karlsbad ein.

Ich begab mich sogleich zu General von Wolke. Nach herlicher Begrüßung begann unsere Unterredung, die bis 8 Uhr abends währte. Wir waren allein. Wir besprachen zunächst die polnische Lage und das Festhalten an unseren bisherigen Vereinbarungen für den gemeinsamen Kriegsfall. Anknüpfend daran äußerte ich: Wir würden mit Rumänien nicht mehr als Alliierten rechnen können, sondern müßten es möglicherweise selbst als Gegner in Betracht ziehen. General von Wolke war ein Rumänien würde vorerst neutral bleiben und abwarten.

Ich: Es ändert aber nichts an unserer Absicht, mit den Hauptkräften in Galizien auszumarchieren. Um so mehr muß ich aber hervorheben, wie wünschenswert es wäre, daß deutscherseits für den russischen Kriegsausbruch etwas mehr Absicht, als bis jetzt beobachtet ist.

W.: Zwei Divisionen — vielleicht etwas mehr — sind der unteren Wehr.

Ich: Die russische Offensiv wird sich auch gegen die Provinz Preußen richten, und Sie haben so wenig Kräfte dort.

W.: Es werden noch weniger russische Kräfte dort sein. Ich: Damit können Sie nicht rechnen. Rußland wird sich gegen uns wenden, aber auch von Vordan ist nicht weit nach Berlin; ich gebe Ihnen zu bedenken, was geschehen könnte, wenn wir in eine ungünstige Situation gerieten, dann hat Rußland den Weg frei. Was sagen Sie an, wenn Sie im Westen keinen Erfolg haben und im Osten Ihnen die Russen heranziehen?

W.: Ja, ich werde machen, was ich kann. Wir sind dem Franzosen nicht überlegen.

Ich: Hundert Divisionen haben die Franzosen nicht. W.: Wir werden durch Ausbau der Wehrstellungen Thorn, Graudenz, Marienwerder die Russen aufhalten.

Ich (fragend): Von Italien haben wir keine direkte Unterstützung zu erwarten?

W.: Pollio ist geneigt, außer den drei Korps noch Kräfte, speziell an Oesterreich-Ungarn, zur Verfügung zu stellen.

Ich: Sehr schön! Aber mir wäre es lieber, wenn auch Sie noch diese italienischen Kräfte nehmen würden und von Ihren Kräften das 5. und 6. Korps gegen Rußland be liehen.

Ich wieder auch auf die kaiserlichen Transportwege. W.: Das ist richtig, aber das kann ich nicht tun. Ich dachte im Stillen, daß General von Wolke seine oesterlichen Kräfte lieber seien, als fremde Kräfte. Wo würden Sie diese Kräfte einsetzen? (Die italienischen).

Ich: Das kann ich noch nicht sagen, politische Rücksichten und Transportverhältnisse sind maßgebend. Auslieferung würde ich die Italiener von einem Eingreifen in Albanien.

W.: Pollio hat gesagt: Gemeinsame Freunde haben gemeinsame Feinde.

Ich: Ob ich die italienischen Kräfte gegen Rußland oder gegen Serbien einsetzen würde, kann ich erst sagen, bis ich konkrete Daten habe. Ob ich gina, frage ich nochmals General von Wolke, wie lange es im gemeinsamen Krieg gegen Rußland und Frankreich seiner Ansicht nach dauern dürfte, bis Deutschland sich mit starken Kräfte gegen Rußland wenden könnte.

W.: Wir hoffen in sechs Wochen nach Beginn der Operationen mit Frankreich fertig zu sein, oder wenigstens so weit, daß wir unsere Hauptkräfte gegen Osten verlegen können.

Ich: Also mindestens sechs Wochen müssen wir unseren Rücken herhalten gegen Rußland.

Ich verabschiedete mich herlich von General von Wolke, nicht ahnend, daß ich ihm zum letzten Male die Hand drückte. Conrad betont mehrmals den starken Einfluss, den der deutsche Kaiser auf Franz Ferdinand übte. Bei derselben Unterredung im Februar erklärte der Thronfolger: Der Reichern müßte ein Zusammengehen Deutschlands, Rußlands und Oesterreich-Ungarns sein, vor allem schon aus monarchischen Gründen, und er setzte fort: Möglicherweise kommt es auch zu einer Aktion gegen Serbien, nur um es zu züchtigen, aber unter keiner Bedingung, auch nur einen Quadratmeter zu annektieren. Der Krieg gegen Rußland muß vermieden werden, weil er von Frankreich geschürt wird, und zwar von den französischen Freimaurern und Antimonarchisten, die einen Umsturz herbeiführen wollen, wodurch die Monarchen vom Throne gestoßen werden sollen.

## Beschärfung der Lage im Orient.

LONDON, 28. Dez. Reuter meldet aus Malta: Infolge der ungenügenden Nachrichten aus Palästina verlautet, daß die britische Mittelmeerflotte Peshik erhalten hat, wieder nach dem Orient zurückzukehren.

LONDON, 29. Dez. Reuter meldet aus Malta: Die britische Mittelmeerflotte ist nach Konstantinopel abgefahren.

Eröffnung einer deutsch-russischen Handels-Aktiengesellschaft. Moskau, 20. Dez. Wie die Russische Telegraphen-Agentur aus Petersburg meldet, wurde dort eine Abteilung der russisch-deutschen Handelsaktiengesellschaft eröffnet, die sich mit der Einfuhr von Waren nach Rußland beschäftigen wird. In den Petersburg Lagerhäusern lagern gegenwärtig Ausfuhrvorräte und Rohstoffe im Werte von 26000 Pfund Sterling. (B. Z. B.)

## Eröffnung einer deutsch-russischen Handels-Aktiengesellschaft.

Moskau, 20. Dez. Wie die Russische Telegraphen-Agentur aus Petersburg meldet, wurde dort eine Abteilung der russisch-deutschen Handelsaktiengesellschaft eröffnet, die sich mit der Einfuhr von Waren nach Rußland beschäftigen wird. In den Petersburg Lagerhäusern lagern gegenwärtig Ausfuhrvorräte und Rohstoffe im Werte von 26000 Pfund Sterling. (B. Z. B.)

auf formaljuristische, auch allgerneinere ausgelegte Sachverhalte aufbaut, kaum davor zurückzureden würde, mit dem Beschluß der Reparationskommission in der Tasche allein vorzugehen, wenn die Konferenz scheitern sollte.

In dieser für Deutschland bitteren Lage können und vielleicht noch die deutschen Vorschläge einen kleinen Ausweg bieten, die diesmal aufeinander von allen deutschen Wirtschaftskreisen getragen werden. Dabei ist es außer Frage, daß wir in diesen Vorschlägen, schon um sie nicht von vornherein zur Ablehnung zu verurteilen, bis an die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gehen müssen, wenn auch die Wahrscheinlichkeit, daß wir auch den Franzosen befriedigende Vorschläge machen können, gering ist. Auf keinen Fall aber darf die Regierung sich durch das Reststreben von links dazu verleiten lassen, Unerfüllbares zu versprechen und unsere letzten Kräfte in neuen unmöglichen Erfüllungsvorhaben zu erschöpfen. Die „Börs. Ztg.“ und der „Vorwärts“ haben Hand in Hand, um, wie besonders der einseitige Ministerpräsident Diderind im „Vorwärts“ betont, das Angebot einer Summe zu fordern, die einigermassen den Vorkesseln im anderen Lager entspricht. Als derartige Summe bezeichnet er etwa 50 Goldmilliarden, während im „Berliner Tageblatt“ der Geschäftsführer der Internationalen Handelsbank in Berlin, Konsul Marx, der Anreger eines französischen Gesells von einer Milliarden-garantie der deutschen Industrie, auf Grund einer 20-prozentigen Hypothek auf das gesamte deutsche Vermögen zu einer Summe von 25 bis 30 Goldmilliarden kommt. Wir müssen das Vertrauen in die Einsicht des Wirtschaftlers Guro nach seinen eingehenden Besprechungen mit allen Wirtschaftskreisen haben, daß er politische Opportunität nicht über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft stellt, sondern daß er sich von der Milliardenhypothese freimacht, die unsere Erfüllungspolitik an unserem Schaden höher im Mann hieft. Die übereifrigen Kritiker sollten sich aber klar machen, daß sie das Spiel Frankreichs spielen, wenn sie im Auslande Milliardenhoffnungen nähren, die für das verarmte Deutschland unerschwinglich sind. Frankreich wird sicher nicht davon ablassen, zu fordern, was ihm von deutschen Kreisen als möglich hingestellt wird. An der Bereitwilligkeit des ganzen deutschen Volkes, mit allen Kräften mitanzuarbeiten, kann nicht mehr gezweifelt werden, und der Konferenzverlauf in Paris wird zeigen, ob Frankreich wirklich etwas an der Reparations-Dezision ist, oder ob es lediglich als Grundlage seiner Forderungen und Vernichtungs politik betrachtet.

## Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

### Das Reparationsproblem.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. Dez. Ueber die geltende Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den Gewerkschaftsvertretern wird von unterrichteter Stelle mitgeteilt: Im Verlaufe seiner Ausführungen kritisierte Reichskanzler Guro auch das Reparationsproblem. Er erklärte allerdings, daß er nähere Mitteilungen noch nicht machen könne, da zur Stunde die Reichsminister im Verein mit den Sachverständigen noch an der Arbeit seien, um die letzten Formulierungen vorzunehmen. Da er jedoch den Parteiführern im Reichstage noch keine Mitteilung über die deutschen Vorschläge gemacht habe, könne er auch den Gewerkschaften keine Einzelheiten bekanntgeben.

Paris vom 29. Dez. Deutschen Gewerkschaftsbünde gab seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß der Kaiser über die Reparationsfrage keine Mitteilung zu machen imstande sei. Der Kanzler möge daran denken, daß unter dem Namen im Lande eine starke Erbitterung und Verbitterung herrsche, und es sei verhängnisvoll, wenn die Regierung sich über diese Stimmung im Lande etwas täuschen sollte. Die Verleumdung der Arbeitnehmer seitens von Tag zu Tag mit Kleinigkeiten vorwärts, und die Selbstlosigkeit verlange zu wissen, welcher Art die Vorschläge seien, und wer die Verantwortlichen zu tragen habe. — Der Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Balthasar hat den Reichskanzler, sich wenigstens darüber zu verbreiten, welche innerpolitischen Wirkungen die Pariser Besprechungen wohl haben würden. — Der Reichskanzler beantwortete diese Frage dahin, daß man auch hierüber erst dann eine abschließende Antwort geben könne, wenn die Pariser Besprechungen beendet seien.

Vom Verlaufe der Konferenz werde die deutsche Innenpolitik zum größten Teile abhängen.

Abg. C. Lehmann als Vertreter der Oirsch-Dunderschen Gewerkschaften beklagte sich darüber, daß die Regierung bei Anhörung der Sachverständigen die Gewerkschaften nicht mit heranziehen habe, obwohl auch in außenpolitischen Fragen gerade die großen Gewerkschaften wiederholt die Stütze der Regierung gewesen seien. Die Formulierung der deutschen Vorschläge für Paris müßte die Regierung allerdings selbst verantworten.

Der Reichskanzler erklärte hieran, daß bisher aus Zeitmangel die Gewerkschaften noch nicht herangezogen worden seien. Am Generalsitz an der Vondorn-Konferenz, bei der man auf deutscher Seite nur Sachverständige und Bankstellen gehört habe, sei die Regierung durch die diesmaligen Vertreter aller Stände und Klassen herangezogen, da von allen Schichten des deutschen Volkes ohne irgend eine Ausnahme Opfer verlangt werden würden. Der Reichswirtschaftsminister wird vor der endgültigen Formulierung auch die Gewerkschaften noch anhören. Aufhäuser als Vertreter der Arbeiter betonte, daß die Gewerkschaften bewußt die Verantwortung für die deutschen Vorschläge übernehmen wollen. Die Verzögerung der Gewerkschaften wäre um so notwendiger gewesen, als die Orientierung die privatrechtliche Garantiefrage in den Vordergrund gestellt habe. Die Regierung müsse die Frage beantworten.

ob Industrie und Landwirtschaft bereit seien, darsartige privatrechtliche Garantien zu übernehmen.

Der Reichskanzler erklärte hieran, daß er auf die Mitwirkung der Wirtschaft und Landwirtschaft bestimmte rechnen. Er könne sich in diesem Augenblick über derartige Fragen jedoch nicht konkreter äußern. Dann wurden die fünf Fragen der Gewerkschaften vom Reichskanzler und dem

Reichsminister einsehend beantwortet. Reichskanzler Guro schloß hieran die Aussprache mit der Erklärung, daß er auch weiterhin Anregungen der Gewerkschaften gern entgegennehmen werde.

## Preis und Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Berlin, 29. Dez. Am 19. Januar tritt bereits die neue Erhöhung des Brotpreises in Kraft. Auf Wunsch der Beamten und Staatsarbeiter wird bereits bei den Anfangs Januar stattfindenden Verhandlungen über die Gehalts- und Lohnveränderungen die Frage der Brotpreiserhöhung ausdrücklich behandelt werden. Es wird versucht werden, eine prozentuale Erhöhung der Gehälter und Löhne zu fordern, und zwar in der Weise, daß man einen Aufschlag fordert, der allen Beamten und Arbeitern ohne Unterschied zur Deckung der Brotmehrerhöhen gewährt wird. Im Laufe des heutigen Tages fand eine Aussprache zwischen dem Reichswirtschaftsminister und Vertretern der Gewerkschaften statt. — Das Reichsfinanzministerium hat die wirtschaftlichen Spitzenorganisationen benachrichtigt, daß die erste Verhandlung über die Neuregelung der Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten am 8. Januar stattfinden werde.

## Größere Generelerleichterung.

Berlin, 29. Dez. Die Deutsche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf Erhöhung der Werbungskosten und Erhöhung des steuerfreien Einkommens hat, wie wir hören, die Billigung der Regierung erhalten, weil diese Forderungen auch von der christlichen Gewerkschaft unterstützt wurden.

## Das Ergänzungsgesetz gegen die Kapitalflucht.

Berlin, 29. Dez. Der Reichstag hat der Ergänzung und Abänderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 24. Dezember 1920 und vom 22. März 1922 mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab zugestimmt. Die bisherige Rechtslage wird durch das Ergänzungsgesetz in folgender Weise geändert: Die Banken haben nunmehr Anträge auf Verbringung von Zahlungsmitteln oder Wertpapieren ins Ausland nur auszuführen, wenn die vom Auftraggeber einzureichende Kapitalfluchterklärung mit dem Gemischungsmerkmal des für ihn zuständigen Finanzamtes versehen ist. Vom Vermögensgegenstande befreit sind Anträge von Personen, die eine Handelskammerbescheinigung über die Notwendigkeit von Zahlungsmitteln ins Ausland erhalten haben. Die auf Grund der Verordnung über die Devisenregulation vom 12. Oktober 1922 ausstellenden Handelskammerbescheinigungen gelten auch als Bescheinigungen im Sinne der neuen Kapitalfluchtverordnung. Besonders hervorzuheben ist noch die Erhöhung der Freigrenze für persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln von 20000 auf 200000 Mk., für den kleinen Grenzverkehr von 2000 auf 200000 monatlich. Die Geltungsdauer des Kapitalfluchtgesetzes in der neuen Fassung ist bis zum 31. Dezember 1924 verlängert worden. Auch die Verordnung über die Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Saarbezugsgebiet ist ergänzt und abgeändert worden. Ihre Geltungsdauer ist ebenfalls bis zum 31. Dezember 1924 ausgedehnt worden. Auch hier ist für die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln die Freigrenze auf 100000 Mk. und im kleinen Grenzverkehr auf 20000 Mk. festgelegt worden. (B. Z. B.)

## Die „Times“ für ein Moratorium.

LONDON, 29. Dez. „Daily Telegraph“ zufolge hat Lord Law die Erörterung des Reparationsproblems mit einigen seiner Kollegen, mit Bradburn und den leitenden Sachverständigen des britischen Schatzamtes besprochen. Die „Times“ berichtet: Es verläutet, daß die letzte Phase des Reparationsproblems in der heute stattfindenden Sitzung des britischen Kabinetts erörtern werden wird. Es müßte der allgemein angelegenen Tatsache Rechnung getragen werden, daß Deutschland im gegenwärtigen Augenblick nicht zahlen könne. Man sei in England der Ansicht, daß das Ziel aller allierten Reparationen sein müsse, dafür zu sorgen, daß die finanziellen und kommerziellen Hilfswegeln Deutschlands so wiederhergestellt werden, daß Deutschland in die Lage versetzt werde, den größtmöglichen Reparationsbeitrag zu zahlen. Die öffentliche Meinung werde jedoch niemals eine Politik unterstützen, die Deutschland an künftigen Zahlungen hindern würde. Wenn jetzt Sanktionen erzwungen werden, so würde gerade dieses Ergebnis hervorgerufen werden. Die gegenwärtige Lage erfordert vielmehr ein Moratorium und außerdem die Ordnung der deutschen Finanzen. Wenn Maßnahmen zur Erreichung dieser beiden Ziele vereinbart werden könnten, so würde wahrscheinlich die öffentliche Meinung dafür sein, daß im Falle eines Verzugs automatisch Mittel in Kraft treten, um die Zahlung herbeizuführen. Es sei vollkommen klar, daß, wenn Deutschland am 15. Januar die 500 Millionen Goldmark nicht zahlte, ein Moratorium bewilligt werden müsse, gleichviel welchen Namen man dafür wählte. (B. Z. B.)

## Die deutschen Vorschläge für Paris.

Berlin, 29. Dez. Es wird mitgeteilt, daß über den ankünftigen Plan der Reichsregierung bislang überhaupt nur vier Personen orientiert sind, der Reichskanzler, der Reichsaussenminister Dr. v. Rosenberger, Reichsfinanzminister Dr. Gumbel und Reichswirtschaftsminister Dr. Becker. Die zu machenden Vorschläge sind sämtlich in diesem engen Kreise beraten worden. Kein anderer Mitarbeiter des Kabinetts, noch weniger aber die Parteiführer und Sachverständigen sind auch nur annähernd darüber unterrichtet worden, was in diesem Kreise beraten worden ist. Dieser enger Kreis des Kabinetts möchte nach wie vor, daß die im Wortlaut noch nicht einmal vorliegenden Pläne absolut geheim bleiben.

## Die Entscheidung der Reparationskommission.

Paris, 29. Dez. „Petit Journal“ heißt es, daß die Entscheidung der Reparationskommission, eine Verzögerung im Sinne des § 17 als vorläufige Verzögerung im Sinne des § 18 Annex 2 Abschnitt 8 zu bezeichnen, am Dienstag vor den anderen Entscheidungen getroffen wurde, also an erster Stelle. Bradburn habe sich dieser Auffassung namens Großbritannien angeschlossen und erst, als die Rede davon gewesen sei, diese Entscheidung als gemeinsamer Art auf den besondern Fall der Holzlieferungen anzuwenden, habe sich Bradburn angeschlossen, sich der Stimme zu enthalten. (B. Z. B.)





# Der Zug der Toten im Jahre 1922.

In dem zu Ende gehenden Jahre haben folgende Männer und Frauen, die in Sachsen in weiteren Kreisen bekannt geworden sind:

**Januar:** 1. Oberstudienrat a. D. Professor Dr. Meyer, 10. Realgymnasialdirektor, 1. Professor Dr. Schuberth, Großschmieding, 10. Weh. Rat Dr. v. Seidlich, früher Generaldirektor der Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, Studienrat a. D. Professor Dr. Manilius, 21. Generalleutnant a. D. Hempel, Ohorn, 22. Generalleutnant a. D. Kobl, Großschmieding, 24. Gehilfenrat Dr. Arthur Ritsch, Dirigent am Leipziger Gewandhaus, 26. Landtagsabgeordneter Sandermann, 27. Klemmerobermeister Kammerrat Tsch. Langpala, 30. Naturheilkundiger Wils, Nadebnul.

**Februar:** 1. Prinzessin Louise v. Schönburg-Waldenburg, Herrnsdorf, 2. Weh. Rat Senatspräsident a. D. Baumhach, 5. Amtshauptmann Weh. Regierungsrat Dr. Uhlmann, Großenhain, 9. Schriftlicher Landgerichtsrat Dr. Spilner, 17. Weh. Sanitätsrat Professor Dr. Lindner, 21. Studienrat Professor Dr. Urbach, 22. Weh. Studienrat Professor Dr. Dertel, früher Rektor der Annenschule, Konsul a. D. Hasmayr, 23. Generalh. Inf. a. D. Wilhelm v. Windmib, Dornrechenbach, 27. Richter Dr. Sidmann, Langenb. Obermedizinalrat Professor Dr. Hippold, Freiberg.

**März:** 9. Generalmajor a. D. Krahl, 10. Professor Stitt, Leipzig, 17. Landtagsabgeordneter Stadtrat Sander, Leipzig, Kommerzienrat Dürr, Reichenbach, früher Vorsitzender der Handelskammer, 19. Generaloberst Kriegsminister a. D. Freiberger v. Gause, 20. Kunsthistoriker Professor Dr. Thiele, Leipzig, 22. Ministerialrat Dr. Reichhammer.

**April:** 3. Professor Froberg, früher Direktor der Turnlehrerbildungsanstalt, 8. Kunstmaler Freiherr v. Pederz, früher Vorsitzender der Dresdner Kunstgenossenschaft, 14. Generalmajor a. D. Freiberger v. Falkenstein, 18. Weh. Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Hallbauer, Adolphsdorf, Generalarzt a. D. Prof. Dr. Smitt.

**Mai:** 3. Professor Lamprecht, Bautzen, 14. Oberstudienrat Heisterberg, Freiberg, 19. Gehilfenrat Prof. v. Pless, Kunstmaler, Polizeidirektor Metze, Plauen i. V., 23. Kommerzienrat Schwalbe, Chemnitz.

**Juni:** 5. Gehilfenrat Mat. Wahl, Vizepräsident der Oberrechnungskammer a. D. 20. Gehilfenrat Professor Dr. Dallwachs, 23. Gehilfenrat Konsiliarrat Parrer a. D. D. Kühn, 29. Oekonomierat Sarsert, Thurm.

**Juli:** 1. Reichsgerichtspräsident Dr. Delbrück, 6. Reichsgerichtspräsident a. D. Weh. Rat v. Burgsdorf, Leipzig, 8. Professor Volkmar, 12. Kommerzienrat Schreuer, Plauen im Voigtl., 10. Gehilfenrat Dr. Mittal, Vorsitzender der Anwaltskammer, 18. Weh. Rat Dr. Mehnert, Vorsitzender des Landesvereins, 20. Generaloberst v. Sella, 27. Richter Dr. Schuberth, früher Direktor des Reichlichen Gerichts.

**August:** 6. Frau Stadtverordnete Katharina Scheven, 12. Direktorialmitglied des Arbeitervereins v. Loeben, 20. General der Kav. Kr. v. Nidda auf Verdborf, zuletzt kommandierender General des 12. Armeekorps, 25. Reichstagsabgeordneter Vinkau, Leipzig, 28. Gutsherr v. Kodel, Großwitz, früher Mitglied der Zweiten Kammer.

**September:** 15. Weh. Hofrat Professor Robbe, Tharandt, 29. Professor Dr. Arth, Leipzig.

**Oktober:** 2. Buchhändler Hofrat v. Kahn, 8. Stadtarchivar a. D. Professor Dr. Richter, 6. Gehilfenrat Professor Dr. med. vet. h. c. Robert Diez, Bildhauer, 7. Weh. Hofrat Dr. Ing. Schmidt, Vorsitzender des Landesvereins, 8. Reichsgerichtspräsident, 9. Kommerzienrat Panke, Seniorschef der Firma H. Lange & Söhne, Glasbläser, 12. Stadtrat Wassermeister Wehlich, 19. Vorkammler Professor Braunsdorf, Meissen, 21. Weh. Rat Dr. Rind.

**November:** 23. Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. v. Land, Leipzig, 27. Weh. Medizinalrat Döfel, 28. Hofrat v. Gumbach, früher Mitinhaber der Firma Greunach & Scheller.

**Dezember:** 3. Weh. Realerungsrat Amtshauptmann a. D. Hähnchen, Grimma, 4. Hofrat v. Wehweger, 7. Landtagsabgeordneter Oekonomierat Schmidt, Freiberg, 22. Oberregierungsabaurat Lindig.

## Bezirksstag Dresden-Albstadt.

Die Amtshauptmannschaft Dresden-Albstadt hielt am 20. Dezember unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Böckel einen Bezirksstag ab, dem der Amtshauptmann Dr. Krug v. Nidda und v. Falkenstein beizuhörte. Der erste Punkt der umfangreichen Tagesordnung betraf die Durchführung des Arbeitsnachweises, wonach der Zentralarbeitsnachweis Dresden in vier Teile geteilt werden soll. Das Referat gab eingehend die Verteilung der einzelnen Ortsstellen auf diese vier Arbeitsnachweise an. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu. — Als

Beitrag des Bezirkes zu den gebundenen Zuschüssen zur Kleinrentnerhilfe auf 1922 im Haushaltsplan für die allgemeine Bezirksverwaltung wurden rund 500 000 Mk. nachträglich bewilligt, da die Mittel bereits verteilt sind. — Man stimmte weiter der Bekanntmachung über die Unterverteilung der Hausbrandkölle und die Festsetzung der Kleinrentnerpreise im Versorgungsbezirk zu. Neu ist im Amtshauptmannschaftsbezirk die Einführung einer Wasserschlagkarte für die, die einen Wasserzähler nicht besitzen.

Der Nachtrag zum Haushaltsplan für den Wohlfahrtsbezirk auf 1922 mit einer Mehrforderung von 2 000 500 Mk. wurde bewilligt. (Gehälter, Reisekosten, Versicherungen 470 000 Mk.; Säuglingsfürsorge und Kinderwohlfahrt 140 000 Mk.; Tuberkulosefürsorge 180 000 Mk.; Krüppelfürsorge 285 000 Mk.; Berufsvormundenschaft 240 000 Mk.; Schulamtsstelle 150 000 Mk.; Gemeindliche Wohlfahrtsstelle 150 000 Mk.; Allgemeines, Vorbereitung für das neue Jugendamt 877 500 Mk.)

Eine Reihe wichtiger Nachforderungen brachte auch ein Nachtrag zum Haushaltsplan für die allgemeine Bezirksverwaltung auf 1922. Der Gesamtbetrag, der mehr gebraucht wird, beläuft sich auf 6 918 946 Mk. (Krankentransportwagen 300 000 Mk.; Beitrag an die Kinderkassenanstalt Dresden 100 000 Mk., an das Johanniter-Krankenhaus Heidenau 25 000 Mk., an das Rubeitz-Stift in Freital-Deuben 100 000 Mk., zu den Kosten der Kriegerversorgung 200 000 Mk., an den Jugendfürsorgeverein Plauenscher Grund 30 000 Mk., an den Fürsorgeverband Dresden 1 200 000 Mk., an den Zentralarbeitsnachweis 2 700 000 Mk., für die Gemeinden für Sozialrentnerfürsorge 200 000 Mk., für Kleinrentnerfürsorge 606 000 Mk., für Personalkosten und Allgemeines rund 700 000 Mk.) Bei der Besprechung der zur Ausführung dieser Mittel nötigen Umlagen wurde auch die Möglichkeit erörtert, durch eine „soziale Abgabe“ den Wohlfahrtsverpflichtungen der Bezirke aufzuhelfen; doch muß darüber erst die in der letzten Kreisaußschußsitzung erworbene Klärung der Stellung der Reichsfinanzverwaltung abgewartet werden. Es wurde weiter besprochen, daß die Erhöhung der Umlagen auf die Gemeinden nicht ins Ungemessene gehen könne; der Verband der Bezirksverbände freude vielmehr die Vösdigung von Reichs- und Landesmitteln für die Wohlfahrtsstelle und die allgemeine Erhaltung der Bezirksverwaltung an. — Ein Nachtrag zur Schenksteuerabzugsordnung für den Bezirk setzt die Steuer bei Erteilung der Erlaubnis einer neuen Gastwirtschaft auf 6000 bis 9000 Mk. fest, einer Schenkwirtschaft auf 4000 bis 6000 Mk., eines Kleinhandels mit Branntwein allein oder in Verbindung mit Branntweinhandel auf 2000 bis 3000 Mk., eines Kleinhandels mit Branntwein lediglich in verpackten oder verpackten Flaschen auf 1500 bis 2500 Mk., einer Schenkwirtschaft für alkoholfreie Getränke auf 1000 bis 1500 Mk. — Genehmigt wurde eine Änderung der Vergütungs- und Steuerordnung, die besonders das Steuerverfahren bei öffentlichen Tanzveranstaltungen trifft; sie kommt auf die Tanzsteuer zu. Weiter stimmte die Versammlung einer neuen Hauserschlagungssteuerordnung zu. Bei nicht gewerblichen Schlachtungen sollen je Rind 4000 Mk., je Schwein 2000 Mk. und je Kalb oder Schaf 1000 Mk. erhoben werden.

## Winterwanderung — Frühlingszähnen.

Länger als sonst schlafen heut alle Menschen. Im tiefen Schlummer liegt noch die Großstadt. Berufstätig schreitet ein rüstiger Wandersmann durch die stillen, menschenleeren Straßen. Zum Winterwald auf Bergeshöhen will er. Immer zum Jahresabschluss, wenn der Wald in die Großstadt gekommen ist, macht er ihm einen Gegenbesuch. Dampf hallen die Schritte der Wanderer durch die Morgenstille. Dort gefroren ist der Erdboden. Der Winterwärtler löst die letzten Klümpchen aus. Aber im Osten leuchtet arteteltes Frühlingsrot am Horizont. Noch blinzelt und albert über dem dahineren Häusermeer der Schneeschichtern. Schwarzwägen ragen die kletternden Häuserfronten in den blaugraublauen Morgenhimmel. An schalen, eben und leeren Vorstadtdächern vorbei fährt der Weg hinaus in die winterliche Berg- und Waldlandschaft. — Da dringen leise, pfeifende, störende, halb härter, halb schwächer werdende, klagende Töne an das Ohr. Still bleibt der Wanderer stehen. Mit geöffnetem Munde, um die kältesten Töne besser zu vernehmen, lauscht er gespannt diesem belegenden, herzerfrischenden Frühlingsstöhnen zur Winterszeit. — Am Jufelgang — Frühlingshoffen. — Dräben in der Seitenstraße erstarrt ein Christbaum im hellen Lichterglanze. Davor sitzt vielleicht die Familie schon beim Morgenkaffee. Wie aus weiter Ferne klingt es: „Mitten im kalten Winter, wohl zu der halben Nacht.“ Und die Amsel singt dazu ihr flehendes seelenvoll, himmlisch, glückverheißend. Ueber der Erde im Osten aber da jängelt und flutet, da quillt und strömt ein Licht hervor blaueslber-grüngelbes, purpurorangerotes und perlmutterfarbiges. Ein göttlicher Dezembermorgen, eine wunderbar klingende Silberkassette. Voll froher Hoffnungen geht es in den kommenden Tag und das neue Jahr.

† Ein Denkmal für Max Beyer. Romanus Andreev, der bekannte Charlottenburger Bildhauer, ist von Dresden nachhause zur Errichtung eines Denkmals für den vor Jahresfrist verstorbenen Dichter Max Beyer mit der Ausführung seines Entwurfs beauftragt worden.

† Neue Ehrendoktoren. Die Universität Warburg verlieh dem Fürsten Friedrich Karl zu Castell-Castell für seine Verdienste um die fränkische Geschichte und dem Grafen Erwin v. Schönborn-Wiesentheid für seine Bemühungen um die Gründung der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften den Ehren doktor der Philosophie. — Professor Dr. Hans Drieckel, der Philosoph an der Leipziger Universität, der gegenwärtig an der Reichsuniversität in Peking Vorlesungen hält, wurde von der medizinischen Fakultät der Hamburger Universität zum Ehren doktor ernannt. In dem Doktordiplom wird hervorgehoben, daß er die Probleme der Lebenskunde durch seine bahnbrechenden experimentellen Forschungen an Meerestieren und durch die fähige gedankliche Bewertung ihre Ergebnisse in außerordentlicher Weise geleistet hat. Professor Drieckel hat längere Zeit in Hamburg gewirkt.

† Schweizer Musikanten in Ludwigsb. Vom 17. bis 20. Januar 1923 werden in Ludwigsb. Schweizer Musikanten in Form von zwei Kammer- und zwei Orchesterkonzerten veranstaltet. Die Konzerte sollen ein Bild des zeitgenössischen kompositorischen Schaffens der Schweiz geben. Die Komponisten werden archaisch den letzten Vorbereitungen beizuhören und ihre Werke selbst leiten. Außer dem vorerwähnten Kammerorchester Hans Huber, von dem einige Vokalquartette und seine Sinfonie angeführt werden, kommen Fritz Brun mit seiner Sinfonie, R. Paqual mit einer Lustspiel-Overtüre, G. Suter mit seinem Violinconcert, Pierre Maurice mit den Stimmungsbildern „Die Waldflüster“ und Othmar Schock mit der Musik zu Goethes Schauspiel „Erwin und Elmire“ zu Wort. In den Kammerkonzerten werden angeführt: Streichquartette von A. D. David, G. Wagner, B. Schüttes, W. Berlioz, Volkmann-Intermezzi von J. Vanders und Vieder in Schweizer Mundart von H. Kögler. Den Hauptanteil der Ausführungen wird das Waldorfsche unter Leitung von Generalmusikdirektor Prof. Ernst Hoffmann tragen.

† Wagner in Italien. Die Opernsaison in Italien ist in den meisten italienischen Großstädten mit Richard Wagner eröffnet worden: in Turin mit dem „Rheingold“, das ungewöhnlichen Beifall fand, in Neapel mit „Giegfried“. Auch das Toscani-Theater in Rom beginnt seine Stagione mit „Giegfried“.

# Der Markt am Jahreschluss.

Es ist nach den Feiertagen recht still geworden in den Marktstellen. Dieser auffällige Rückgang des Verkehrs hat mehrere Gründe. Für gewöhnlich herrscht nach dem Feste mit seinen gesteigerten Ausgaben in der Wirtschaft eine empfindliche Ebbe, so daß neue Einkäufe auf dem Markte in nennenswertem Umfang bis zum Monatsanfang nur in wenigen Fällen gemacht werden. Andererseits haben sich viele Hausfrauen zu Weihnachten mit Lebensmitteln reicher als sonst eingedeckt und auch so manche Wand und mancher Sale erziehen in dieser Woche aufgewärmt wiederholt auf dem Markt, denn der teure Braten muß doch nach Möglichkeit getriekt werden. Endlich steigt die Kälte nach den Feiertagen durch die vielerlei Wäntze, und wären sie noch so befeiden, allgemein stark zurückzugehen, so daß auch dadurch wieder eine gewisse Einparung zu verzeichnen ist.

Die Preisgestaltung bewegte sich auch in dieser Woche auf fast allen Gebieten in aufsteigender Linie. Recht unternehmlich tritt dies bei Fleisch und Fleischwaren in Erscheinung. Während bei Rind die minderen Sorten um etwa 50 Pf. sich verbilligt haben, hat Schöpffleisch ebensoviel angezogen. Kalb ist bis zu 100 Pf., Schwein sogar bis zu 200 Pf. im Pfund gestiegen. Inländisches Schmalz ist sogar um rund 250 Pf. auf 1000 bis 1800 Pf. in die Höhe gegangen. Auch die Wurstwaren sind durchschnittlich etwa 150 Pf. teurer geworden.

Das Angebot in Wildpret deckt die Nachfrage. Vorhanden sind Rot-, Dam- und Rehwild sowie reichlich Gänse. Während die Gockiere um 60 Pf. im Pfundpreise gestiegen sind (650 bis 750 Pf.), wird für Metzer Lampe ohne Salz 100 Pf. mehr für das halbe Kilo gefordert (750 bis 800 Pf.). Auch die Gänse antizipieren diese Aufwärtsbewegung mit einem Aufschlag von 200 Pf. im Stück (1400 bis 1750 Pf.).

Dasselbe gilt auf dem Geflügelmarkt für Gänse. Unter 800 Pf. ist im allgemeinen kein Pfund mehr zu haben; gemästete Exemplare stellen sich sogar auf 1000 Pf. Eruten sind von 600 bis 700 auf 700 bis 800 Pf. gestiegen. Ebenso hart ist der Unterschied bei Gännern gegenüber der Vorwoche (500 bis 600 Pf. das Pfund).

Unter den Fischen ist vom Feste her noch ein ansehnlicher Vorrat vorhanden, was etwas preisdrückend wirkt. So haben sich Seelachs um 70 bis 100 Pf. verbilligt (250 Pf.), Rotbarsch um 30 bis 40 Pf. (250 bis 260 Pf.), Kabeljau um 50 bis 60 Pf. (300 bis 320 Pf.). Von Seeläusen sind noch zu sehen Schollen (340 bis 350 Pf.) und Rotaugen (350 bis 400 Pf.). Von Fischlingen werden angeboten lebende Karpfen um 20 Pf. teurer auf 60 bis 700 Pf. und auf Schellen auf 700 bis 800 Pf. Gislampen sind schon für einen Pfundpreis von 550 Pf. in fetten Tieren zu haben. Ebenfalls Barke stellen sich auf 350 Pf.

Fischräucherwaren zeichnen sich durch feste Haltung aus. Rieker Pöcklinge haben bereits auf 720 Pf. (+ 80 bis 120 Pf.), Sprotten auf 500 bis 640 Pf.

Die Vorräte an Obst, Süd- und Gartenfrüchten zeigen noch keine nennenswerte Abnahme. Deutsches Kernobst hat durchschnittlich um 10 Pf. angezogen. So kosten Äpfel zum Rohessen 80 bis 90 Pf., Rusäpfel 15 bis 25 Pf., Tafelbirnen 35 bis 60 Pf. Der Eingang von Apfelsinen nimmt jetzt zu, doch finden sie bei einem Stückpreis von durchschnittlich 100 bis 150 Pf. nur wenig Abnehmer.

Der Grünwarenmart zeigt nur geringe Veränderungen. Grünkohl hat sich um 10 Pf. verteuert (40 bis 50 Pf.), Rotkraut um 5 Pf. (40 bis 55 Pf.), und ebensolcher Wirsing (40 bis 45 Pf.) und Kohlrabi (30 bis 45 Pf.). Frühlingsbohnen läßt die Zunahme des Schnittlauchs noch werden, von dem ein Bündel mit 8 bis 20 Pf. feilgehalten wird.

Unter den Wollerezeugnissen ist die ungewandelte Haltung der auferländischen Wänter, soweit es sich um Tafelware handelt, bemerkenswert. Das Pfund stellt sich noch wie vor auf 1700 Pf.; dagegen haben die billigeren Sorten der Wollereien um 120 Pf. angezogen (1680 Pf.). Erreichterweise ist ein weiteres Sinken der Margarinepreise festzustellen; sie schwanken jetzt zwischen 850 und 1000 Pf. Eier sind bei ihrem jüngsten Preis von 85 bis 90 Pf. jetzt ein steuerpflichtiger Luxusartikel geworden.

### Eilt!

Für zahlungsfähigen Interessenten  
suchen wir sofort  
**große, wertvolle Bibliothek**  
allgemeinen Inhalts.  
**Akad. Buchhandlung A. Dressel,**  
Bismarckplatz 14.

## Neue Bücher und Zeitschriften.

- × **Politische und militärische Erinnerungen** von Josef Stürgkh, aus dem Hause des früheren Grafen v. Stürgkh, General der Infanterie d. R. (Verlag von Vöhl, Leipzig.)
- × **Die Hauptströmungen der sozialistischen Gedankenwelt**. Von Dr. Alois Hübner, Wirklicher Geheimrat, Minister a. D. em. v. d. Professor der Nationalökonomie, Finanzminister und Statistiker an der Universität Budapest. Otto Elsner, Verlagsgesellschaft m. B. O.
- × **Die Reichsbeamten**. Uebersicht über die Entwicklungsgang und besonderen Einzelheiten der kaufmännischen Betriebe von Rechtsanwält Dr. E. O. Meyer, Charlottenburger, Mitglied des Reichswirtschaftsrats. (Wiener Beiträge des Dr. v. d. O. 122.)
- × **Reichsgeldwelle**, ein Vorschlag zur Schaffung eines Weltwährungs und zur Einleitung der Vorkampfer. Von Reichsdirektor a. D. Weh. Reg.-Rat Dr. L. (Verlag Franz Neumann, Neudamm.)
- × **Der Gesangene Friedrich des Großen**. Des Reichherrn Friedrich von der Trend merkwürdige Lebensgeschichte. Herausgegeben von Friedrich Wender. Mit sechs Bildnissen. — Der Karneval des zweiten Kaiserreiches. — Memoren des Grafen de Viel Coëtis aus der Welt der Kaiserin Eugenie. (Verlag Carl Neukirch, Dresden.)
- × **Fortschritt und Rückschritt im Laufe der Erdgeschichte**. Von Geheimrat Professor Dr. J. Walthert. (Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.)
- × **Bartholomäus von Gerneris Briefwechsel mit Ernst Cordel und Friedrich Juhl**. Herausgegeben von Margarete Juhl. (Leipzig, R. Kuebler, Verlag, Leipzig.)
- × **Der Kreis um Spengler**. Kritik seiner Kritiker. Von Dr. Manfred Schröter. (München, C. O. Pösch.)
- × **Stil und Operett**. Von Richard Hofmann. (Leipzig, C. O. Pösch.)
- × **Sanitätsdienst**. Von Friedrich Wörker. Umschlag- und Einbandzeichnung von Erich Geyd. (Verlag von Albert Langen in München.)
- × **Arthur Schnitzlers Gestalten und Probleme**. Von Josef Ritzner. (Amalthea-Verlag, Wien III, Seidngasse Nr. 8.)
- × **Dante, seine Zeit, sein Leben, seine Werke**. Von Konrad Haefke. 733 Seiten. Mit alphabetischem Inhalts- und Schriftensverzeichnis und 64 Tafeln-Abbildungen. (C. O. Pösch Verlagsgesellschaft, Leipzig, C. O. Pösch.)
- × **Die Fackeln des Christentums**, Übertragen von Hans Wegner. (Verlag der Buchhandlung Max Cauer in München.)
- × **Schützt Euch vor der Grippe**. Formungen und Ratschläge von einem Arzt. (Verlag Es werde Licht, G. m. b. H., Berlin S.W. 46.)
- × **Wie sie sich lieben**. Wie sie sich lieben. Brautkämpfe der Tiere. Von Edwin Rath. (Verlag bei Rindig Quire in Dresden.)
- × **Das Gedächtnisbuch von August Sammler**. Bei Carl Salzer in Oelßhausen.

Nr. 528  
Erscheinungsdatum: 30. September 1922  
Dresdener Nachrichten

Seite 5









